

Grundlagen der Migrationsgesellschaft

Posted By *Redaktion* On 22. Oktober 2014 @ 08:25 In Leitartikel,Meinung | [2 Comments](#)

Im Dezember 2013 hat Klaus J. Bade an die Veröffentlichung des „Manifestes der 60“ vor zwanzig Jahren erinnert. Anlass dieser „empörten Reaktion der Wissenschaft“ waren sowohl die gewaltsamen Übergriffe und Brandanschläge in Rostock Lichtenhagen, Mölln und Solingen, als auch die vehemente Verweigerung der Politik, soziale Transformationsprozesse hin zu einem „De-facto-Einwanderungsland“ anzuerkennen.

Aus heutiger Perspektive muss das „Manifest der 60“ für den politischen Umgang mit den Themen „Migration und Integration“ als Meilenstein betrachtet werden. Der Druck, der auch im Nachgang der Veröffentlichung in institutionalisierter Form vom Rat für Migration (1998) und dem Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2009) ausging, hat zu wegweisenden Reformen und letztlich dazu geführt, dass in allen Parteien des Bundestages die Meinung geteilt wird, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist und auch in Zukunft bleibt.

Trotz alledem gibt es offene Fragen. Bade hat in seinem Rückblick darauf hingewiesen, dass einzelne Forderungen des Manifestes von der Politik immer noch nicht umgesetzt sind. Er nennt hier z.B. eine generelle Akzeptanz zur Einwanderungsgesellschaft und der Wandel von einer Integrationspolitik für Migranten zu einer teilhabeorientierten Gesellschaftspolitik für Alle. Des Weiteren fehle eine „konzeptorientierte Einwanderungspolitik“ und mit Maßnahmen wie Punktesystemen und Aufnahmequoten die Eröffnung legaler Zugangswege.

Auch wenn diese Positionen unerfüllt blieben, könnte man versucht sein, zu urteilen, dass im Vergleich zum Jahr 1993 insbesondere die Politik auf der Bundesebene ihre „Lektionen“ gelernt hat und endlich mit den sozialen Realitäten und Veränderungsprozessen Schritt hält. Dies ließe jedoch außer Acht, dass sich in den letzten zwanzig Jahren die Anforderungen an eine zeitgemäße Migrations- und Integrationspolitik grundlegend verändert haben: Es scheint schon länger überfällig, in Politik und Wissenschaft wieder stärker über die Grundlagen einer zukunftsfähigen *Migrationsgesellschaft* zu diskutieren.

Super-Diversity

Anlass hierfür geben vor allem Forschungsergebnisse über die Diversifizierung und Intensivierung globaler Migration. Dies basiert auf der Tatsache, dass es einerseits immer mehr Menschen gibt, die mit zeitlich begrenzter bzw. langfristiger Perspektive zwischen zwei oder mehr Orten pendeln und wandern. Zum anderen hat sich die Art und Weise, wie dies geschieht, radikal verändert.

Waren es in der Zeit der Gastarbeiterprogramme, in den 1950er bis 1970er Jahren, noch große homogene Gruppen von Einwanderern, die die soziale Landschaft von Einwanderungsgesellschaften veränderten, ist es in den letzten zwanzig Jahren zu einer rapiden Zunahme von kleineren und zugleich heterogeneren Migrationsformationen gekommen, die sich in Bezug auf Fluktuation, soziale Herkunft, Ausmaß an Organisation und rechtlichem Status stark voneinander unterscheiden.

Dieser veränderte Grad an Komplexität in Bezug auf Migrationsprozesse sowie damit verbundene Phänomene sozialen Wandels ist in den letzten Jahren unter dem Stichwort ‚*Super-Diversity*‘ erforscht worden. Vor allem in urbanen Räumen wurde nachgewiesen, dass sich der Grad an ethnischer, religiöser, sprachlicher und sozio-kultureller Vielfalt in Folge einer ‚neuen Migration‘ deutlich erhöht hat.

Eine wesentliche Erkenntnis dieser Forschungen ist, dass ‚klassische Kategorisierungen‘ von Einwanderergruppen nach ethnischer und nationaler Herkunft kaum noch greifen. Dies liegt zum einen daran, dass Zugehörigkeiten immer weniger eindeutig sind bzw. eindeutig wahrgenommen werden; zum anderen variiert der (Rechts-)Status von Einwanderern erheblich, welches zu unterschiedlichsten Bedürfnissen sowie In- und Exklusionsdynamiken führt.¹

Post-Multikulturalismus

Die Frage, die sich hier stellt, ist, wie reagiert die Politik auf neue Formen von Migration und Diversität? Bis vor 10-15 Jahren wäre diese Frage noch relativ einfach zu beantworten gewesen: Mit Ideen und Programmen, die sich im engeren oder weiteren Sinne auf Konzepte des Multikulturalismus beziehen. Dazu gehörte das Werben für Respekt und Toleranz gegenüber ‚Minderheiten-Kulturen‘ und die ideelle und institutionelle Förderung

von Gruppenidentitäten und Traditionen von Einwanderern bzw. wie es Nevim Çil treffend beschreibt „die Entdeckung der kulinarischen Vielfalt und die Geburtsstunde der Ethnisierung von Menschen mit Migrationshintergrund“.²

Seit 2010 steht auch in Deutschland fest, dass „Multikulti“ nicht nur „out“, sondern absolut „gescheitert“ ist³, welches einherging mit einer vorangegangenen Kritik an Konzepten des Multikulturalismus sowohl vom linken als auch vom rechten politischen Spektrum: Die einen machten ihn verantwortlich für das Entstehen sogenannter ‚Parallelgesellschaften‘ und dem angeblichen Anwachsen von Terrorismus und Extremismus; andere kritisierten die „Blindheit“ gegenüber sozialer Ungleichheit und struktureller Diskriminierung, welches sozio-ökonomische Asymmetrien zwischen ‚Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft‘ verfestige.

Dieser „Backlash against multiculturalism“⁴ hatte insbesondere in Deutschland ein integrationspolitisches Vakuum hinterlassen, welches den Nährboden für Publikationen wie „Deutschland schafft sich ab“ lieferte, aber zugleich Freiräume für die Weiterentwicklung hin zu einem inklusiveren Politikverständnis schuf. Den jüngsten Beleg dafür bot die Formulierung des Bundespräsidenten vom „neuen deutschen ‚Wir‘“: Damit eng verbunden ist die Absage gegen die Vorstellung einer homogenen Aufnahmegesellschaft, in die hinein sich Einwanderer integrieren, und die verspätete, aber entscheidende Einsicht, dass Migrationsprozesse grundsätzlich einen gesamtgesellschaftlichen Wandel zur Folge haben, dessen Ausrichtung von allen mitgestaltet bzw. ausgehandelt werden muss.⁵

Dem Paradigmenwechsel von der Aufnahme- zur Einwanderungsgesellschaft war eine Diversitäts- und Teilhabedebatte vorausgegangen: Verstärkt seit 2006 hatten immer mehr deutsche Unternehmen und öffentliche Einrichtungen sogenannte *Diversity* Strategien und (Marketing-)Konzepte eingeführt, mit denen Weltoffenheit sowie ein proaktiver Umgang mit den Themen innerbetriebliche und gesellschaftliche Vielfalt zum Ausdruck gebracht wurden.

Nachprüfbare Maßnahmen und Ziele sind dabei in den seltensten Fällen formuliert worden.⁶ Konkreter verlief die politische Debatte um einen stärker *teilhabe- orientierten* Integrationsbegriff vor allem auf kommunalpolitischer Ebene:

Hierbei wurde die gleichberechtigte Teilhabe zur zentralen „Vorbedingung von ‚Integration‘“, was dazu führte, dass sich die Perspektive von einer einseitigen Integrationsleistung von Einwanderern und deren Nachkommen hin zu einem gesamtgesellschaftlichen Anpassungs- und Öffnungsprozess verschob.⁷

Diese ersten Ansätze veränderter Einstellungen und Rahmenbedingungen können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Entwicklung zur Einwanderungsgesellschaft in Deutschland noch „in den Kinderschuhen“ steckt: Der „Lackmustest“ wird erst in den kommenden Jahren folgen, sobald sich herausstellt, ob ein Wandlungsprozess von der „lehrenden zur lernenden Gesellschaft“⁸ einsetzt hat, d.h. der Aufbau von Fähigkeiten und Mechanismen, mit denen in pluralen Gesellschaften Potentiale erkannt und genutzt werden, die Neujustierung von Regeln und Normen unter Bedingungen erhöhter Diversität voranschreitet und in allen Lebenslagen und Sozialräumen – von der Kita bis ins Altenheim, in der Wirtschaft, Verwaltung und Politik – Schlüsselpositionen mit Menschen mit interkulturellen Kompetenzen und Erfahrungen besetzt werden.⁹

Trans-Nationalismus

Um praxisorientierte Lösungen in Gesellschaften zu finden, die durch Migration und Diversität geprägt sind, muss eine neue Sichtweise auf den Zusammenhang von Mobilität und sozialer Transformation entwickelt werden.¹⁰ Auch wenn sich der Anteil von internationalen Migranten an der Weltbevölkerung in den letzten Jahrzehnten nicht maßgeblich verändert hat, so haben doch technologische, infrastrukturelle und kulturelle Entwicklungen dazu geführt, dass immer mehr Menschen immer häufiger über nationalstaatliche Grenzen hinweg denken, handeln und miteinander verbunden sind.¹¹

Dieser Paradigmenwechsel muss stärker als bisher von Wissenschaftlern und Politikern aufgegriffen und weitergedacht werden. Ein Beispiel dafür bietet die Studie *Freedom in Diversity*, in der Timothy Garton Ash, Edward Mortimer und Kerem Öktem fünf verschiedene Einwanderungsgesellschaften miteinander vergleichen und zehn Handlungsoptionen „herausdestillieren“, die sich im Rahmen der politischen Steuerung vielfältiger Gesellschaften bewährt haben.¹²

Die Grundannahme der Studie besagt, dass aufgrund globaler Veränderungen ökonomisch- fortgeschrittene Länder per se Einwanderungsgesellschaften sind. Dies wirkt sich nicht nur auf die Vergleichbarkeit nationaler Politik aus, sondern liefert zugleich das Argument dafür, dass Kommunen (insbesondere Großstädte und Metropolregionen) unter ähnlichen

Rahmenbedingungen gemeinsame ‚Migrations- und Vielfaltsstrategien‘ entwerfen bzw. erfolgreiche Ansätze übertragen werden.¹³

Letztendlich stellt sich die Frage, ob die Begriffe *Einwanderungs-* und *Migrationsgesellschaft* synonym verwendet werden sollten oder aber etwas Unterschiedliches bedeuten? Fest steht, dass heutzutage der Gestaltung und Steuerung von Migration und Diversität als gesellschaftspolitisches Kernthema zentrale Bedeutung zukommt. In der *Einwanderungsgesellschaft* liegt dabei der Fokus immer noch auf den Menschen, die „von außerhalb“ hinzukommen, und darauf wie diese sich am besten in eine bestehende Gesellschaft „integriert“ werden. In der *Migrationsgesellschaft* hingegen verschiebt sich der Fokus auf die Anpassung und Veränderung gesamtgesellschaftlicher Normen, Regeln und Strukturen auf der Grundlage *superdiverser* Rahmenbedingungen. Dies ist etwas grundsätzlich anderes.

Zeit also für ein neues Manifest!

Vgl. Steven Vertovec: „Superdiversity“ – [zuletzt aufgerufen am 28.09.2014] [↑]

Nevim Çil: *Diversity* und Multikulturalität: Macht und Ausgrenzung in modernen Gesellschaften, in: Susanne Stemmler (Hrsg.): *Multikultur 2.0 – Willkommen im Einwanderungsland Deutschland*, Bonn 2011, S. 192-200. [↑]

Zitat von Bundeskanzlerin Angela Merkel im Herbst 2010. Vgl. Susanne Stemmler: *Jenseits des Multikulturalismus: Visionen eines postethnischen Deutschlands*, in: Susanne Stemmler (Hrsg.): *Multikultur 2.0 – Willkommen im Einwanderungsland Deutschland*, Bonn 2011, S. 9-22. [↑]

Vgl. Steven Vertovec; Susanne Wessendorf: *The Multiculturalism Backlash: European Discourses, Policies and Practices*, London 2010. [↑]

Vgl. Joachim Gauck: „Es gibt ein neues deutsches Wir, die Einheit der Verschiedenen“ [↑]

Vgl.: Mark Terkessidis: *Was ist Interkultur?*, in: Susanne Stemmler (Hrsg.): *Multikultur 2.0 – Willkommen im Einwanderungsland Deutschland*, Bonn 2011, S. 222-230. [↑]

Vgl. Barbara Kiepenheuer-Drechsler: *Vielfalt plus Zusammenhalt – Eine ethnologische Perspektive auf die Praxis Berliner Integrationspolitik*, Bielefeld 2013, S. 92. [↑]

Zitat von Rita Süßmuth auf der *Cities of Migration* Konferenz am 5. Juni 2014 in Berlin. [↑]

Eine solche Debatte wird vor allem dort geführt, wo „super-diverse“ Rahmenbedingungen besonders spürbar sind: Vgl. beispielhaft die Empfehlungen der Kultusministerkonferenz (KMK), die am 28. Mai 2014 auf der Fachtagung „Interkulturelle Bildung und Erziehung in der Schule“ vorgestellt wurden [zuletzt aufgerufen am 10.10.2014] oder den strategischen Ansatz des Bundesverbandes für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. (vhw) einer „zukunftsgerichten kommunalen Kohäsionspolitik“, präsentiert auf dem 4.

StädteNETZWERKKongress am 18. September 2014 [zuletzt aufgerufen am 10.10.2014]

[↑]

Vgl. Stephen Castles: Migration and Social Transformation Inaugural Lecture for the Migration Studies Unit (MSU) LSE 15 November 2007. [↑]

Stephen Castles; Hein de Haas; Mark J. Miller: The Age of Migration – International Population Movements in The Modern World, 5th Edition, New York 2014, p. 320. [↑]

Timothy Garton Ash; Edward Mortimer; Kerem Öktem: Freedom in Diversity – Ten lessons for Public Policy from Britain, Canada, France, Germany and the United States, Oxford 2013. [zuletzt aufgerufen am 5.10.2014] [↑]

Vgl. z.B. das Portal der kanadischen Maytree Foundation: www.citiesofmigration.com [↑]

Article printed from MiGAZIN: <http://www.migazin.de>

URL to article: <http://www.migazin.de/2014/10/22/neue-praemissen-grundlagen-der-migrationsgesellschaft/>

Copyright © 2009 - 2015 MiGAZIN. All rights reserved.